



**Administrative Regierung
in der Funktion des
persistent objector
- ius postliminii quod ius cogens -**

Amtsblatt Nr. 3 = März 2020

www.Republik-Baden.info

Staatspräsident Anton Geiß – Gründervater der Republik Baden!

***Persistent objector* gegen die Verreichlichung durch die Weimarer Republik?**



Knapp 1 Million wahlberechtigte badische Staatsbürger wählten am 05. Januar 1919 die verfassungsgebende Nationalversammlung, die am 15. Januar 1919 zur 1. öffentlichen Sitzung in der Hauptstadt Karlsruhe zusammentrat. Der Staatspräsident der badischen provisorischen Volksregierung, Anton Geiß, hielt die erinnerungswürdige Eröffnungsrede, die uns die Augen für das in Vergessenheit gedrängte staatliche Erbe Badens öffnen soll (vollst. Abdruck im Anhang):

Der badische Sozialdemokrat Anton Geiß setzt hiermit den Schlußstein des revolutionären Umsturzes seit November 1918 und ehrt den Neuaufbau des badischen Heimatlandes durch das getreue Abbild des neuen Souverän, des badischen Staatsvolkes. Der Staatspräsident läßt keinen Zweifel daran, daß die gesetzliche Neuordnung Badens sich in staatlicher Kontinuität innerhalb der alten staatlichen Grenzen vollzogen hat, indem er auch dem scheidenden Souverän, dem Träger der Krone und dem Thronfolger, Dank, Ehre und Respekt zollt.

„Was immer die Zukunft bringt, Badener wollen wir bleiben. Baden soll erhalten bleiben als selbständiger Bundesstaat im Rahmen des Reiches.“

Für Anton Geiß kann das neue Verfassungswerk der Republik Baden für einen demokratischen und sozialen Volksstaat nicht schnell genug unter Dach und Fach gebracht werden, um dem französischen Besatzer sowie den feindlichen Kräften Achtung abzunötigen – mit großer Sorge bewertet er die grausamen Auswirkungen der Blockade des Kriegsgegners, den radikalen Sozialismus und den Bolschewismus, die durch Krieg und Revolution verwahrloste Jugend und das drohende Unheil eines sich abzeichnenden, himmelschreiend ungerechten Diktaturfriedens. Er preist hingegen den Willen zur Einigkeit und zum Wiederaufbau, die Nachbarschaftshilfe zum deutschstämmigen Elsaß und die Friedenssehnsucht des badischen Volkes.

„Rüttelt nicht am Reich! Wir wollen vor allem ein großer deutscher Volksstaat bleiben!“

Mit diesen Worten übergibt Anton Geiß das staatliche Erbe Badens an die zukünftigen badischen Generationen, vorausahnend, daß ein halbes Jahr später, am 14. August 1919, das dunkle Kapitel der nun mehr als 100-jährigen **völkerrechtswidrigen** Verreichlichung durch Besatzungs- und Gewohnheitsrecht der Weimarer Republik – fortgesetzt durch das 3. Reich und die Bundesrepublik Deutschland – einsetzte...

Republik Baden

in völkerrechtlich begründeter Restitution/Reorganisation, Restitutionspunkt im Verfassungsstand vom 21. März 1919, im Rechtsstand vom 12. August 1919, im Gebietsstand 2 Tage vor Ausbruch des 1. Weltkriegs, Bestandteil des Deutschen Reichs/Deutschland mit der Verfassung vom 16. April 1871; Gültigkeit der Bundesgesetze im Rechtsstand 2 Tage vor Ausbruch des 1. Weltkriegs unter Beachtung der Ausführungsgesetze zur Restitution/Reorganisation des Deutschen Reichs/Deutschland (AzRR) vom 27. November 2016



Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Namen des badischen Volkes begrüße ich die verfassunggebende Nationalversammlung unseres Freistaates. Im Namen der vorläufigen Regierung heiße ich Sie herzlich willkommen als sehnsüchtig erwartete Arbeiter am großen Werk des politischen und wirtschaftlichen Neuaufbaues unseres engeren Heimatlandes.

Dieser erste republikanische Landtag Badens ist der durchs Volk selbst gesetzte Schlußstein des revolutionären Abschnitts der politisch-sozialen Umwälzung und zugleich der Grundstein zur gesetzlichen Neuordnung. In seiner politischen Zusammensetzung ist dieses Haus das getreue Abbild des Volkswillens. Das reinste aller demokratischen Wahlverfahren hat dieses Ergebnis geschaffen. Schon diese innere Wahrheit läßt uns ein tatkräftiges ersprießliches Zusammenarbeiten erhoffen. Hoffnung aber und den starken Glauben an unsere Zukunft brauchen wir heute mehr denn je.

Der unglücklich ausgegangene Krieg hatte die Kraft des deutschen Volkes weit über das erträgliche Maß hinaus erschöpft. Der unvermeidliche Ausgang des ungleichen Ringens stand bei den alten Machthabern des deutschen Volkes lange fest, bevor der Mut zum Eingeständnis und zu den unumgänglichen Forderungen gefunden wurde. Da hat die letzte Kraft des bewaffneten Volkes die Folgerungen selbst gezogen. Ein todesmutiges, vier Jahr lang siegreiches Heer wollte nicht mehr nutzlos Ströme Blutes vergießen.



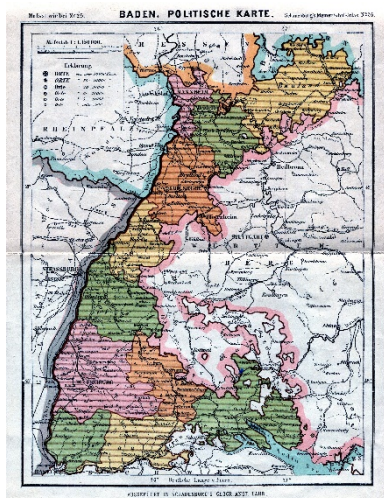
Rede von Staatspräsident Anton Geiß in der 1. öffentlichen Sitzung der Badischen verfassunggebenden Nationalversammlung am 15. Januar 1919

Unsere badischen Truppen haben ihren ruhmreichen Anteil am Schutze unseres so nahe am Kriegsrand gelegenen Landes gehabt. Festgehalten in den gefährlichsten Frontabschnitten des Westens haben sie – wir dürfen das mit gutem badischen Stolze sagen – übermenschliches geleistet und beim Zusammenbruch der alten Herrschaft die würdige Ruhe von Männern gewahrt, die bei aller Entschlossenheit wissen, was sie ihrer Ehre und ihrem Lande schuldig sind. Der unauslöschliche Dank von Kindern und Kindeskindern wird die höchste Kriegsauszeichnung unserer Soldaten, der Mannschaften, wie der Offiziere, bleiben. Des gesamten badischen Volkes Ehrenaufgabe aber wird es sein, über die gesetzlichen Leistungen hinaus unseren Kriegsinvaliden die Bitternis zu ersparen, die ein Leben in Undank mitten in einer durch ihre Tapferkeit unversehrten Heimat wäre. Unseren Toten aber im Feindesland entbieten wir unseren ehrungsvollen Gruß.

Ich habe es für meine erste Pflicht gehalten, dem Anfang unserer Tagung eine besondere Weihe zu verleihen durch den Dank an die Männer und Jünglinge unserer Heimat, die für uns in so langem Ausharren gelitten und gestritten haben und von denen wir auch einige in unserer Mitte begrüßen können.

Wir haben den Krieg verloren, die Ehre haben wir nicht verloren. Die unmittelbare Folge des verlorenen Krieges aber war die mit dem 9. November des letzten Jahres einsetzende politische Umwälzung. Von schweren Fesseln wurden wir befreit. **Wir stehen als Badener im Frühschein der politischen Freiheit eines wahren Volksstaates, in dem die Grundsätze der Demokratie und der Geistesfreiheit höchstes Gesetz sind.** Aber niemand unter uns, kein ernster Mann und keine denkende Frau unseres Volkes wird sich von der gewaltigen Verantwortung abkehren wollen, die diese Freiheit auf unser aller Schultern legt. Wir müssen es besser machen als die alten Gewalten! Sonst werden unsere Kinder unsere unerbittlichen Richter sein.

An dem Kriegsbeginn und an dem Kriegsausgang hatte der frühere Großherzog unseres Landes keinen Anteil. **Die vorläufige Regierung des Volksstaates Baden hat es sich deshalb nicht nehmen lassen, dem scheidenden Träger der Krone und dem Thronfolger ihren Dank auszusprechen** für den von Engherzigkeit freien Geist, in dem sie als die Glieder der erblichen Dynastie Badens ihre Aufgabe erfaßt und erfüllt haben.



Die Umwälzung hat sich in unserem Bundesstaat innerhalb der alten staatlichen Grenzen vollzogen. An größeren und kleineren Versuchen, diese Grenzen zu ändern, hat es nicht gefehlt. Wir haben jedenfalls tatkräftig abgewunken. Es war ein guter Wurf, als Napoleons gewaltige Hand den mehr beschaulich heiteren Stamm der Alemannen mit dem lebhafteren und tatkräftigeren Frankenvolk der Pfalz und des Taubergrunds zu einem süddeutschen Staatengebilde zusammenformte.

Was immer die Zukunft bringt, Badener wollen wir bleiben. Baden soll erhalten bleiben als selbständiger Bundesstaat im Rahmen des Reiches.



Rede von Staatspräsident Anton Geiß in der 1. öffentlichen Sitzung der Badischen verfassunggebenden Nationalversammlung am 15. Januar 1919

Gerade weil wir als südwestliches Grenzland besondere Versuchungen abzuwehren haben und gerade weil der alte deutsche Traum der Reichseinheit und der Republik im Jahre 1848 und 1849 in unserem Lande besonders die Herzen bewegte, wird es in weniger gefährdeten Bundesstaaten verstanden, wenn wir laut über alle deutschen Gaue hinrufen: **„Rüttelt nicht am Reich! Wir wollen vor allem ein großer deutscher Volksstaat bleiben!“**

Kommen unsere Brüder aus Deutschösterreich noch zu uns, so werden wir als einstige Vorderösterreicher die alte Freundschaft gerne erneuern und uns am größeren Süden freuen. **Mögen aber auch die Männer der Reichsregierung wissen, daß wir keine übertriebene Zentralisation wünschen** und daß eine neue preußische Vorherrschaft dadurch nicht erträglicher wird, daß die Staatsform gewechselt hat. Gewiß, wir verdanken der preußischen Eigenart und Tatkraft mancherlei; auch in der deutschen Republik wird Preußen mit Recht den seiner Größe entsprechenden Einfluß ausüben. **Aber auch wir wollen unsere Eigenart entfalten können, und der Einfluß des badischen Staates auf die Reichsgeschäfte muß gesichert bleiben.**

Meine Damen und Herren! Noch stehen wir vor den geschlossenen Toren des Friedens und warten, bis sie aufgehen. Sie zu sprengen, hat Deutschland keine Macht mehr. **Ein hartherziger Sieger hält die Blockade weiterhin aufrecht. Während angeblich die Waffen ruhen, tötet und gefährdet er wehrloses deutsches Menschenleben, besonders unter unserer Kinderwelt.** Wir erheben mit aller Macht Einspruch gegen diese himmelschreiende Ungerechtigkeit. Die Friedensbedingungen werden auch im allergünstigsten Falle sehr schwer. Es darf aber auch nicht unausgesprochen bleiben, daß allein die rascheste Befestigung der neuen Zustände dem Feind jene Achtung abnötigen wird, die uns einen Verhandlungsfrieden anstatt eines Diktaturfriedens vielleicht noch gewähren kann. **Nur mit Sorge können wir deshalb nach der Reichshauptstadt blicken.** Wir haben kein Verständnis dafür, daß wir den Krieg durch die Schuld kleiner Berliner Gruppen noch einmal verlieren sollen. Wir hoffen, daß es der Regierung Ebert-Scheidemann gelingt, dauernd Ordnung zu schaffen.

Die Verantwortung für die ruhige Verankerung der Errungenschaften der Umwälzung, wie wir sie erlebt haben, ist in erster Linie eine innere Angelegenheit des Gewissens jedes Staatsbürgers und jeder Staatsbürgerin. Es heißt: „Adel verpflichtet“. Noch mehr verpflichten Demokratie und Sozialismus. Der einzige Adel des künftigen, einem neuen Leben sich entgegen ringenden Deutschlands wird der Adel der Arbeit sein. Der Arbeiter, der glaubt, unter völlig sozialistischer Führung sei der Aufbau unseres zerrütteten Staatswesens anders möglich als durch ernste Arbeit, der befindet sich in einem fundamentalen Irrtum. Die einstige hohe Menschheitsforderung des „Rechtes auf Arbeit“ darf nicht jetzt wie eine ungelegene Last beiseite geschoben werden. Jede Schiebung der Begüterten bei ihren Rettungsversuchen vor den kommenden Vermögensabgaben ist Diebstahl am Staatsgut und kann nicht scharf genug geahndet werden. Aber die Machtmittel der Regierung, diese Schädiger des Staates zu fassen, sind nicht viel größer als ihr Einfluß, die großen Massen des werktätigen Volkes wieder in die Bewegung produktiver Arbeit zu setzen. Die Regierung ist sich bei dem vorhandenen Rohstoffmangel und der überstürzten Demobilmachung der ganzen Schwierigkeit der Arbeitslosenfrage wohl bewußt. Soldaten und Arbeiter haben dem Volk die politische Freiheit gebracht, um die es Jahrzehnte gerungen. Es wäre ein Danaergeschenk, wenn die Arbeiterschaft nicht das Werk vollenden und das Land vor wirtschaftlichem Untergang erretten würde. Es wird der Stolz der Arbeiterschaft unseres Landes sein, im neuen

Rede von Staatspräsident Anton Geiß in der 1. öffentlichen Sitzung der Badischen verfassungsgebenden Nationalversammlung am 15. Januar 1919

demokratischen und sozialen Volksstaat die machtvollen Worte des Dichters in selbstbewußter Kraft umzukehren und sie zur Tat werden zu lassen:

„Alle Räder gehen wieder,
Reckt das Volk die starken Glieder!“

Wir sind ein demokratischer und sozialer Volksstaat. Das bedeutet, daß es aus sein muß mit der menschenunwürdigen Ausbeutung des Arbeiters durch das Kapital. Müßig gehende Aktionäre, arbeitslose Dividendenbezieher, kurz herausgesagt, Schmarotzer an ehrlicher Leute Arbeit haben keinen Anspruch auf Schonung in einem sozialen Volksstaat. Aber abgesehen davon, daß die Sozialisierung eine Reichsfrage ist, darf auch hier der nüchterne Tatbestand nicht übersehen werden. Selbst der radikalste Theoretiker des Sozialismus, Karl Kautsky, hat vor einer jetzt schon durchzuführenden allgemeinen Sozialisierung als einem für die Wirtschaft und vor allem für die Arbeiterschaft selbst lebensgefährlichen Experiment gewarnt. Wo nichts ist, da haben auch die Republiken das Recht verloren. Das Beispiel Rußlands zeige es, wie eng neben einer streng durchgeführten Sozialisierung Hungers not, Cholera und Erfrierungstod als Massenerscheinung bestens gedeihen können. Die vorläufige Regierung des badischen Volksstaates denkt und empfindet in ihrer Mehrheit sozialistisch, aber sie vergißt nicht, daß die Revolution mit ihren vorwiegend militärischen Grundursachen zwar unsere alten politischen Zustände sturmreif, unsere Wirtschaft aber in dem denkbar ungünstigsten Zustand für eine Neugestaltung vorfand. Die bittere Wahrheit ist, daß wir nur die Wahl haben zwischen den beiden Parolen: Arbeiter, arbeiten und nicht verzweifeln! oder: Nicht arbeiten, hungern und verzweifeln! Der Versuch, einen Ausweg aus dieser Alternative im Bolschewismus zu suchen, wird nach kurzem Rausch ein Ende voller Schrecken und Kirchhofsruhe sein.

Und nun lassen Sie mich nach diesen Betrachtungen allgemeiner Natur, denen Sie die Berechtigung in dieser Zeit voll ungelöster allerschwerster Fragen nicht versagen werden, die nächsten Aufgaben der badischen Nationalversammlung ins Auge fassen.

Zunächst wird zu erwägen sein, ob die vorläufige Volksregierung bis zur Schaffung der Verfassung bestehen bleibt und von der Nationalversammlung bestätigt wird oder ob Sie eine neue Regierung bilden wollen. Namens der vorläufigen Volksregierung stelle ich unsere Ämter der Nationalversammlung zur Verfügung.

Die Hauptarbeit der nächsten Wochen wird ausgefüllt werden durch die Vollendung des Verfassungswerkes. Das Gesetz kann nicht rasch genug unter Dach und Fach gebracht werden. Der Entwurf sieht die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung nach dem direkten, geheimen Verfahren unter Anwendung des Verhältnisprinzips vor. Die Voraussetzungen für eine erste Kammer sind durch die politische Umwälzung weggefallen.

Die Gemeindewahlen werden von der Klasseneinteilung befreit und demokratisiert. Das Haus wird diesen durch den Wahlausfall selbstverständlich gewordenen Forderungen die Zustimmung kaum versagen.

Unsere Schulen sind die zweitwichtigste Sorge der Regierung. Die Volksschulbildung ist das Fundament der ganzen Volksbildung. **Ein frischerer, freier Geist wird unsere Schulhäuser durchwehen müssen.** Dabei wird es bei den zerstörenden Wirkungen des Krieges unter unserer jahrelang vaterlosen Jugend in hohem Maße einer einsichtigen Zucht bedürfen. Ich rufe von dieser Stelle aus alle Männer und Frauen unseres Volkes auf, zu brechen mit dem Geist eines schlaffen Geschehenlassens gegenüber einer sich revolutionär gebärdenden, in

Rede von Staatspräsident Anton Geiß in der 1. öffentlichen Sitzung der Badischen verfassungsgebenden Nationalversammlung am 15. Januar 1919

Wirklichkeit aber verwehrten Jugend in allen Bevölkerungsschichten von unten bis oben. Allein der Schwung einer idealistischen Weltauffassung, die in das Kinderherz gepflanzt wird, kann unsere Jugend über die Schwere der kommenden Zeiten hinwegtragen. Auch darf neben der Vermittlung des Wissens gerade in unseren harten Zeiten eines nicht vergessen werden, vom ersten Schuljahre an: die Formung und Festigung des Charakters!

Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche sollte für die nächsten Jahre eine neutrale Zone der Politik in diesem Hause werden. Es kann bei gutem Willen von allen Seiten und besonders bei voller Anerkennung auch der kleinen Religionsgemeinschaften nicht schwer sein, hier einen friedlichen Ausgleich für die Jahre des Neuaufbaus zu finden.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik muß das Menschenmögliche geschehen, um die Lage der Arbeiter erträglich zu gestalten.

Meine Damen und Herren! Als Nachbarland werden wir keinen leichten Stand dem Elsaß gegenüber haben. Das alte System hat schon im Frieden im Elsaß schwere Fehler gemacht. Im Kriege aber hat die militärische Verwaltung im Elsaß eine maßlose Verbitterung erzeugt. **Trotzdem sind wir überzeugt, daß die Elsässer nie vergessen werden, daß sie nach Abstammung und Sprache zum deutschen Kulturkreis gehören.** Unseren Alemannen im Oberland sind sie verwandt. Wir werden in erster Linie berufen sein, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit dem Nachbar mit Taktgefühl und Selbstbewußtsein wieder aufzunehmen.

So sehen wir uns vor eine Reihe von Aufgaben gestellt, aus denen ich nur einige wichtige hervorgehoben habe.

Für wen schaffen wir das alles? Für das nachkommende Geschlecht! Für unsere Jugend! Sie wird uns Ältere nicht entbehren können, wie sie es oft meint. Wir waren auch einmal jung und haben lernen müssen, daß man aufeinander angewiesen ist. Alle, jung und alt, arm und reich, gelehrt und ungelehrt, Arbeiter, Bürger und Bauer, alle müssen wir zusammenhalten. Uns umringt die harte Gegenwart. Da wollen wir uns aufrecken und stolzen Mutes inmitten einer Welt von Trümmern sagen:

Trotz alledem! **Das badische Volk will Frieden, Freiheit und Brot!** Noch ist keines von den dreien gesichert. Wir werden sie aber alle drei erringen, wenn wir vor allem eins sind: einig, einig! **Es lebe die junge Republik, der soziale demokratische Volksstaat Baden!**